

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EUROPA IST MEHR ALS DIE EU !

Der geographisch-historisch-kulturelle Begriff „Europa“ wird von vielen Politikern und Journalisten zum Großteil ganz bewußt fälschlich als **Deckname** für die EU, die sogenannte „Europäische Union“, verwendet. Damit sollen EU-Gegner oder EU-Kritiker völlig zu unrecht als Europa-Gegner verunglimpft werden. Dabei wissen die Wortverdreher ganz genau, daß natürlich niemand gegen den Kontinent sein **kann**, auf dem wir uns alle befinden. Das wäre ja lächerlich. Man kann aber sehr wohl gegen das politische Konstrukt EU sein, das immer weniger mit den historisch gewachsenen Errungenschaften zu tun hat, die Europa eigentlich ausmachen, sondern diese immer mehr zunichte macht.

Dazu gehört die nationale und regionale **Vielfalt** und Unterschiedlichkeit der europäischen Völker, Kulturen und Sprachen auf unserem Kontinent, die das geistige Fundament auch der unterschiedlichen Ausformungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt darstellen, wie es die natürlichen Gegebenheiten von Nord und Süd, Ost und West und auch die unterschiedlichen Mentalitäten erfordern. Diese zu „vereinheitlichen“ bedeutet in Wahrheit das naturwidrige Ziel einer ideologisch motivierten Gleichschaltung und Ausrichtung durch eine Macht, die sich anmaßt, **über** den Völkern und Staaten zu stehen, um deren inneren Zusammenhalt zu unterminieren. Das sieht man am deutlichsten an der durch die EU forcierten Massenzuwanderung **aus anderen Kontinenten** ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß gerade für Sozialstaaten wie Deutschland und Österreich gesicherte Grenzen unerläßlich sind.

Es gilt der berühmte Ausspruch des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Milton Friedman: „**Man kann entweder offene Grenzen oder einen Wohlfahrtsstaat haben, aber nicht beides!**“



Das russische Bolschoi-Ballett: europäische klassische Kunst in höchster Vollendung!

Deshalb ist auch die zur Hauptbedingung für die Regierungsbildung erklärte Forderung sowohl des Bundespräsidenten als auch von Sebastian Kurz, nämlich eine „pro-europäische“ Haltung, als voraussetzender Gehorsam gegenüber der EU zu verstehen, als wäre Österreich von dieser besetzt. Dabei leben **rund 38 Prozent der Bevölkerung Europas nicht in der EU** und nur 443 (unter Berücksichtigung des Austritts von Großbritannien/65,6 Millionen) von rund 700 Millionen Europäern in der EU. Zahlreiche europäische Staaten sind keine EU-Mitglieder, darunter die größten und bevölkerungsreichsten Rußland und die Ukraine. Ein **neutrales Land** wie Österreich hat schon aufgrund seiner Verfassung die Verpflichtung, **nach allen Seiten hin** zu wirken und sich

keinen einseitigen Bündnissen anzuschließen, insbesondere keinen Militärbündnissen. Auch ein gebrochenes Gesetz wie das Neutralitätsgesetz bleibt als Gesetz aufrecht, wenn es genügend Kräfte gibt, die sich dafür einsetzen! Für die internationale Zusammenarbeit in Europa - anstatt supranationaler Herrschaft - würden die **EFTA** im Wirtschafts- und Handelsbereich (der ja auch die Schweiz angehört) sowie der **Europarat** und die **OSZE** im politischen Bereich völlig ausreichen.

Das jüngste Beispiel für den Mißbrauch des Begriffes „Europa“ zeigen die Vorgänge rund um die **Unabhängigkeitsbestrebungen von Katalonien**, die mittels des „Europäischen Haftbefehls“ (richtigerweise EU-Haftbefehl) für demokratisch gewählte Volksvertreter zunichte gemacht werden sollen. Ihr „Verbrechen“ besteht in der Abhaltung eines Referendums, das durch schwerste Gewaltmaßnahmen mit über 900 Verletzten durch die obrigkeitliche Polizei und unter massiven Drohungen gegen die Abstimmungswilligen und Behinderungen bei der Stimmabgabe beeinträchtigt wurde und an dem trotzdem 43 % der Katalanen mit 90 %-iger Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmten. Aufgrund dieses Referendums beschloß das gewählte katalanische Parlament mit demokratischer Mehrheit die Unabhängigkeit des Landes und dessen Ausrufung als Republik. Zur Rechtmäßigkeit der Haltung der Katalanen siehe auf Seite 6 die veröffentlichte Stellungnahme des renommierten UNO-Völkerrechtsexperten **Alfred de Zayas**. Eine ausführlichere und umfangreich begründete Stellungnahme dazu kann man auch

auf der Startseite der homepage des angesehenen Staatsrechtsprofessors **Karl Albrecht Schachtschneider** unter www.kaschachtschneider.de abrufen.

Die WEGWARTE berichtete schon vor Jahren ausführlich über den EU-Haftbefehl, der eben nur für EU-Staaten gilt. Der ORF berichtete dazu in einer Teletext-Meldung vom 4.11.2017 wie folgt:

„**Seit 2004 EU-Haftbefehl:** 2015 wurden mehr als 16.100 EU-Haftbefehle ausgestellt; rund 5.300 davon wurden vollstreckt. Mit einem EU-Haftbefehl erlaubt die Justizbehörde **eines** EU-Landes die Festnahme eines Verdächtigen in einem

anderen Land und die Überstellung des Verdächtigen. Das Verfahren beruht auf dem Grundsatz, daß die EU-Länder gegenseitige Entscheidungen ihrer Justiz anerkennen. Gesuchte müssen spätestens 60 Tage nach der Festnahme an das Land ausgeliefert werden, das den Haftbefehl ausgestellt hat.“ Im Klartext bedeutet das, daß ein Verdächtiger kein Recht mehr auf ein Verfahren in seinem Heimatland hat mit allen damit verbundenen Problemen in sprachlicher und finanzieller Hinsicht!

Im Falle von Katalonien mit über sieben Millionen Einwohnern und einer eigenen Sprache und Kultur sieht man daher, wie die EU-Staaten

das **völkerrechtlich normierte Selbstbestimmungsrecht** mit Füßen treten. In Österreich hat sich nur die FPÖ u.a. in facebook-Beiträgen von HC Strache und Norbert Hofer für die Beachtung dieses Rechts ausgesprochen. Hofer sagte dazu in einem Interview mit der Tageszeitung „Österreich“: „Österreich als neutrales Land hat nicht die Aufgabe, sich auf eine Seite zu stellen, sondern vermittelnd tätig zu sein.“ Er persönlich verstehe beide Seiten: Daß Spanien sagt, wir können diesen wichtigen Landesteil nicht einfach ziehen lassen. Er verstehe auch die Katalanen, die sagen, sie wollen frei sein. Wenig Verständnis habe er für die Polizeigewalt.

Vor Abstimmung im EU-“Parlament“ im November 2017 zur weiteren „Überflutung“ der EU-Staaten

Laut einer Aussendung von *journalistenwatch.com* beschloß der Ausschuß für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EU-Parlaments (LIBE) **Änderungen des bisherigen Dublin-Abkommens**. Die neue Regelung, die im Plenum des EU-Parlaments im November 2017 endgültig abgesegnet werden soll, würde die EU-Mitgliedstaaten zur Aufnahme von Migranten zwingen - auch gegen den Willen ihrer Bürger. EU-Staaten, die die Aufnahme von Migranten in nun unbegrenzter Höhe verweigern, werden von der Vergabe von EU-Fördermitteln ausgeschlossen.

sen. Nachstehend einige dieser vorgesehenen Bestimmungen:

Die Regelung, nach der **das** Land für den Asylantrag verantwortlich ist, in das der Migrant seinen Fuß zuerst gesetzt hat, wird aufgehoben. Wünsche der Migranten hinsichtlich ihres bevorzugten Landes werden berücksichtigt. Asylwerber, die in einem Mitgliedstaat bereits Familienangehörige oder sonstige „Beziehungen“ (!) haben, sollen umgehend in dieses Land gebracht werden. Asylanträge sollen zukünftig auch für ganze Gruppen von bis zu 30 Personen in der EU

gestellt werden dürfen. Damit möchte man dem Asylwerber das Gefühl geben, nicht allein, sondern umgeben von Menschen aus seiner ursprünglichen Umgebung zu sein. Alle EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, Asylwerber aufzunehmen und für sie die Verantwortung zu übernehmen.

Zugestimmt haben diesem Programm **im Ausschuß** die Abgeordneten der Fraktionen der „Europäischen Volksparteien“, der „Sozialdemokraten“, der „Liberalen“, der „Grünen“ sowie der „Vereinten Linken“ mit 43 zu 16 Gegenstimmen.

Zum Wahlergebnis

Mit massiver Medienunterstützung und Großspendern aus der Industrie **konnte** der „Wahlsieger“ nur Kurz lauten, dessen sogenannte „Bewegung von oben“ von langer Hand minutiös vorgeplant wurde. Viele Wähler sind dann eigentlich nur mehr Erfüllungsgehilfen einer solchen Strategie. Die Werbemaschinerie für ihn - ähnlich wie bei Macron in Frankreich - war einfach erdrückend. Ist so was noch Demokratie? Sein Naheverhältnis zum Großinvestor vieler sogenannter NGO's, dem Milliardär George Soros, wurde nur von Alternativ-Medien thematisiert, nicht aber von den reichweitenstarken großen. Soros war ja vor kurzem auch bei der Eröffnung einer Veranstaltung des „Instituts für die Wissenschaften

vom Menschen“ (IWM) in der Hofburg durch Bundespräsident Van der Bellen offiziell anwesend. Auch die zweite, von Großspendern der Industrie (Haselsteiner) finanzierte Parlamentspartei, die NEOS, sind alles andere als neu....

Vor diesem Hintergrund war das Ergebnis der FPÖ ein großer Erfolg. Sie wurde übrigens bei den „Jungen“, nämlich der Altersgruppe von 16 bis 29, stimmenstärkste Partei, und erzielte in absoluten Stimmzahlen insgesamt das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Der Unterschied zwischen dem zweiten (SPÖ) und dritten Platz (FPÖ) betrug nur 45.304 Stimmen, die Grünen verfehlten den Parlamenteinzug um nur 10.195 Stimmen.

Daraus kann man erkennen, wie wichtig jeglicher persönlicher Einsatz bei solchen Wahlgängen ist - siehe **endgültiges Gesamtergebnis** laut Innenministerium:

ÖVP/Liste Kurz: 31,5 % (+ 7,5 %), 62 Mandate, 1.595.526 Stimmen

SPÖ: 26,9 % (+ 0,0 %), 52 Mandate, 1.361.746 Stimmen

FPÖ: 26,0 % (+ 5,5 %), 51 Mandate, 1.316.442 Stimmen

NEOS: 5,3 % (+ 0,3 %), 10 Mandate, 268.518 Stimmen

Liste Pilz: 4,4 %, 8 Mandate, 223.543 Stimmen

Grüne: 3,8 % (- 8,6 %), 192.638 Stimmen

VIELEN DANK für die Unterstützung unserer Wahlaktionen !

Dank der finanziellen Beiträge unserer Leser konnten Mitarbeiter, Freunde und Sympathisanten der IHU eine umfangreiche Unterstützungsaktion an der Basis mit begründeten Wahlaufrufen für die FPÖ organisieren und durchführen. Rund 380.000 Info-Folder konnten schwerpunktmäßig in ganz Österreich persönlich ausgetragen werden, eine Großauflage der WEGWARTE mit entspr. Argumenten an über 30.000 Sympathisanten-Adressen geschickt und ein **ganzseitiger** Wahlaufruf in drei auflagenstarken Printmedien plazierte werden, nämlich bundesweit in der Tageszeitung „**Österreich**“/Sonntagsausgabe und in der „**Ganzen Woche**“ sowie landesweit in Niederösterreich in der Tageszeitung „**Heute**“. Der Titel dieses unabhängigen Wahlaufrufes lautete: „**Direkte Demokratie**: Schlüssel zur selbstbestimmten Zukunft der Österreicher! Das Recht geht vom Volk aus.“

Die Kosten für Druck und Porto der Infoblätter beliefen sich auf rund 30.000,- €, die Kosten für die drei Großinserate, mit denen rund 1,6 Millionen Leser erreicht wurden, auf rund 44.000,- €. Der Großteil davon konnte durch entspr. gekennzeichnete Kostenbeiträge der letzten beiden WEGWARTE-Ausgaben abgedeckt werden, rund 6.000,- € wurden vom engeren Kreis privat dafür vorgestreckt; wir hoffen, diesen noch offenen Betrag nun im nachhinein hereinzubekommen. Jedenfalls **allen ein großes Dankeschön**, die diese mehr als sechswöchige Intensivaktion finanziell erst ermöglicht haben, sowie allen, die die Verteilarbeit in diesem Zeitraum durchführten (die zurückgelegten Kilometer dafür haben sich bei manchen von uns enorm summiert!), und auch allen, die jeweils tagelang beim Versand von insgesamt drei WEGWARTE-Ausgaben als Teil der Aktion mitge-

holten haben.

Ein Abdruck des Wahlaufruf-Inserats, das auf der Startseite der homepage **www.heimat-und-umwelt.at** eingesehen werden kann, wurde übrigens von der „Kronen-Zeitung“ **abgelehnt**. Dem Vernehmen nach vor allem deshalb, weil es nicht in deren Blattlinie paßte. Die „**Krone**“ erschien ja vielen sowohl vor als auch nach der Wahl als Haupt-Werbeorgan für Sebastian Kurz, was natürlich großen Einfluß auf das Wahlergebnis hatte. Offenbar stört(e) es diese bei weitem auflagenstärkste Tageszeitung in Österreich plötzlich nicht mehr, daß Kurz als Außenminister das CETA-Abkommen im Februar 2017 unterschrieben hatte, während die FPÖ von Anfang an dagegen war und ist. Damit stellt sich die Frage, ob man in Zukunft Kampagnen der „Krone“ wie solche gegen das CETA-Abkommen noch ernst nehmen kann?!

APA-OTS-Presseaussendung der „Initiative Heimat & Umwelt“ vom 30.10.2017

Aufforderung an die kommende Regierung: ÖSTERREICH ZUERST !

Die EU ist nicht Europa! Die bei weitem bevölkerungsstärksten drei Städte in Europa befinden sich nicht (mehr) in der EU*

Anläßlich der beginnenden Regierungsverhandlungen fordert die unabhängige und freie Arbeitsgemeinschaft „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) im Namen vieler aufmerksamer Beobachter und Wähler die Koalitionsverhandler auf, sich dessen bewußt zu bleiben, daß ihre Parteien von Bürgern des eigenständigen Staates Österreich gewählt wurden und nicht von Untertanen der EU. „Viele Österreicher und Österreicherinnen erwarten von der kommenden Regierung nach innen und außen eine **Zurückweisung** der ständigen manipulativen Behauptungen, kritische Positionen zur Politik der EU seien „**europafeindlich**“. Die potentielle Regierung ist aufgerufen, im Regierungsprogramm die freie Entscheidung von Österreichs Bürgern auch in Fragen der EU-Politik zu verankern! Ansonsten wäre diese Regierung von vornherein in Geiselhaf. Nur wer sich selbst achtet, wird auch geachtet werden“,

so Inge Rauscher, Obfrau der IHU.

Die vor kurzem - ausgerechnet am Nationalfeiertag - getätigte Aussage des Bundespräsidenten, daß die „Zusammenarbeit mit Europa“ - eine Metapher für eine völlige Auslieferung an die EU, wie aus allen medialen Kommentaren dazu ersichtlich - **IMMERWÄHREND** sei, schwächt die Position Österreichs in der EU. Ebenso die - in mehreren Medien wiedergegebene - Aussage von ÖVP-Chef Kurz, diese Regierung habe eine „Europa-freundliche“ (= EU-ergebene) zu sein oder „sie wird nicht sein“. Den sich abzeichnenden weiteren gravierenden **Zentralisierungs- und Zwangsmaßnahmen** der EU - vor allem im Finanzbereich und in der Asylpolitik - wird man so nicht begegnen können.

Inge Rauscher weiter: „Die kommende Regierung ist aufgerufen, den tatsächlich **IMMERWÄHRENDEN** Bereich der österreichischen Verfassung, nämlich die **NEUTRALITÄT** und damit die Nicht-Teilnahme an einer EU-Armee und selbstverständlich auch der NATO, zu verteidigen und für die Verwirklichung einer echten

DIREKTEN DEMOKRATIE nach Schweizer Muster, also ohne jede bevormundenden inhaltlichen Einschränkungen, zu sorgen.“

Dazu der angesehene Ressourcenökonom Prof. Dr. **Heinrich Wohlmeyer**: „Derzeit führt die unbegrenzte Haftung letztlich aller Bürger für die Schulden der Staaten und maroden Unternehmen sowie Banken im Rahmen des **ESM** zur kollektiven **Enteignung der Bürger**; genauso wie die vorgesehene Bankenunion und die unter Verletzung der Statuten der EZB praktizierte ungezügelter Geldvermehrung. Die Nullzinspolitik der EZB fördert die unhaltbare **Ver-schuldung** der Staaten und bewirkt die Plünderung der Ersparnisse der Bürger und die **Entwertung der Pensionsfonds sowie der Sozialsysteme**. Dieser aufoktrojierten Politik muß endlich Einhalt geboten werden! Auch dafür ist die direkte Demokratie ein Hebel.“

**) Moskau mit 12,2 Millionen Einwohnern, London mit 8,8 Mill., St. Petersburg mit 5,3 Mill. Erst an vierter Stelle Berlin mit 3,6 Millionen.*

Wann kommt das EU-GLYPHOSAT-VERBOT?

LESER-BRIEF



In der ORF-Sendung "Im Zentrum" vom 29.10.2017 erklärte der Schriftsteller Robert Menasse vor einem Millionenpublikum unwidersprochen, daß die FPÖ im EU-Parlament gegen das Verbot von Glyphosat gestimmt hätte. Das ist unrichtig! Ein Leser aus Oberösterreich (kein FPÖ-Mitglied) sandte uns dazu zur Information folgendes Schreiben in Kopie:

Sehr geehrter Herr Menasse!

Viele Ihrer Aussagen waren gestern „Im Zentrum“ für mich zum Nachdenken! ... Sehr bestürzt hat mich Ihre Mitteilung, daß die FPÖ-Fraktion im EU-Parlament für eine weitere Verlängerung des Giftes Glyphosat gestimmt hätte. Ich ging der Sache nach, weil es mir keine Ruhe ließ. Die Sachlage ist wie folgt:

- 08. Mai 2015 Wien (OTS)

FPÖ-Hackl: Krebserregendes Glyphosat noch immer Bestandteil von Unkrautvernichtungsmitteln - „Während der Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft bereits weitgehend verboten ist, können Unkrautvernichtungsmittel - wie zum Beispiel ‚Roundup‘ von Monsanto -, die diesen giftigen Stoff enthalten, noch immer problemlos im Einzelhandel erworben werden.“

- 10. Juli 2015

FPÖ-Abgeordnete decken auf: Monsanto darf weiter umstrittenes Unkrautvernichtungsmittel vertreiben. Das vom US-Agrarkonzern Monsanto produzierte Unkrautvernichtungsmittel „Roundup“ soll neuesten Studien zufolge Krebs auslösen. Dafür verantwortlich ist der Wirkstoff Glyphosat.

- 13. Juli 2015

FPÖ-Hackl: Verkaufsstopp von Roundup dringend notwendig: „Es liegen bereits Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor, die die krebserregende Wirkung von Glyphosat als Hauptbestandteil von Roundup bestätigen. Mittels Labortests konnte auch nachgewiesen werden, daß Glyphosat die Wirkung von Antibiotika auf Krankheitserreger wie Salmonellen verändert. Dennoch kann dieses Unkrautvernichtungsmittel noch immer problemlos im Einzelhandel...“

- 20. Jänner 2016

FPÖ-Obermayr: Monopolisierung der Pflanzenzucht muß gestoppt werden

- Anders lautet hingegen der **Vorschlag der EU-Kommission, die Glyphosat für weitere zehn Jahre in der EU zulassen will.** Die derzeitige Zulassung läuft am 15. Dezember aus. Glyphosat steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Das Internationale Krebsforschungszentrum IARC hat die Chemikalie als „wahrscheinlich“ krebserregend eingestuft. Die **EU-Agenturen** ECHA (Chemikalien) und EFSA (Lebensmittelsicherheit) halten das Herbizid hingegen für unbedenklich.

Heute, Dienstag, **hat sich die ÖVP der Stimme enthalten.** ÖVP-Generalsekretärin und EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger argumentierte, daß in der Glyphosat-Frage **nicht Politiker,** sondern Experten entscheiden sollten.

FPÖ-Generalsekretär und EU-Abgeordneter Harald Vilimsky erklärte in einer Aussendung, seine Delegation habe heute bei der Abstimmung mit „**nein**“ gestimmt, denn „**Glyphosat muß unverzüglich verboten werden**“.

Das **NEIN** der FPÖ-Fraktion im EU-Parlament bezog sich eindeutig gegen eine weitere Verlängerung der Verwendung des Giftes Glyphosat.

- 25. Februar 2016

FPÖ gegen Patentierung von Pflanzen durch EU-Patentamt: „Eine Patentierung von Saatgut ist ein weiterer Schritt in Richtung Monopolstellung von Weltkonzernen am Lebensmittelsektor. Diese Machtkonzentration gilt es zu verhindern!“

Glyphosat tötet alle Pflanzen, außer die Gentechnik-Konstrukte. Da Gentechnik-Pflanzen gleichzeitig auskreuzen, verlieren unsere Bauern ihr eigenes, nicht kontaminiertes Saatgut und sind in der Folge von gentechnisch verändertem Saatgut als auch von Unkrautvernichtungsmitteln abhängig. Deshalb muß Glyphosat sofort verboten werden. (Aussage Norbert Hofer am 24.10.2017)

Sehr geehrter Herr Menasse!

Ich bin mir sicher, daß Sie Ihre Falschaussage bei nächstbesten Gelegenheit im ORF richtig stellen werden.

2.11.2017

Anmerkung der WEGWARTE-Redaktion:

Ob wir das je erleben werden???

Robert Menasse erhielt aus Steuergeldern für Förderungen, Stipendien und Preise von 2001 bis 2011 insgesamt 308.957,- € (über 4,2 Millionen ÖS). Also in 10 Jahren über 30.000 € pro Jahr oder 2.500,- € pro Monat.

RESOLUTION zur WEITERARBEIT des unabhängigen EU-Austritts-Personenkomitees für Österreich

In seiner Sitzung vom 28. Oktober 2017 beschloß das unabhängige Personenkomitee für den Austritt Österreichs aus der EU folgende Erklärung:

Bei der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017 ging es in erster Linie um die überfällige Abwahl der „großen“ Koalition zwischen rot und schwarz. Wir unterstützten die FPÖ wegen deren konkreten Bemühungen um die Einführung der **direkten Demokratie nach Schweizer Muster** auch in Österreich sowie wegen ihrer langjährigen vernünftigen Haltung in der Frage der Zuwanderung und im gesellschaftspolitischen Bereich - Stichwort „bürgerliche Grundwerte“. Und insbesondere auch wegen ihrer Haltung in der EU-Politik, die doch um einiges kritischer ist als die von ÖVP und SPÖ und nicht bereit ist, alles hinzunehmen, was aus „Brüssel“ kommt. Es wird sich nun herausstellen, in welchem Ausmaß das Regierungsprogramm, das derzeit zwischen ÖVP und FPÖ verhandelt wird, diese Anliegen enthalten wird.

Wir als eigenständige und unabhängige Plattform werden selbstverständlich an unserem eigentlichen Ziel, dem Austritt Österreichs aus der EU, festhalten, da diese nicht reformierbar scheint. Denn selbstverständlich sind wir den **261.056 offiziellen Unterzeichnern** des von uns initiierten und organisierten **EU-Austritts-Volksbegehrens vom Juni 2015** verpflichtet und auch den vielen ähnlich denkenden Mitbürgern, die wegen der beinahe völligen Medienblockade dieses Volksbegehrens davon gar nichts erfahren haben. Und: unserem eigenen Gewissen! Wir sind überzeugt, daß die Zeit dafür mittelfristig reif werden wird und werden uns weiterhin der entsprechenden Aufklärungs- und Informationsarbeit widmen.

Die EU steuert auf eine massiv verschärfte, weitere Zentralisierungspolitik hin, vor allem im Finanz- und Asylbereich. Sie entfernt sich immer weiter von einem „Europa der Vaterländer“, also einem Staatenbund (was den Österreichern bei der Beitrittsabstimmung von 1994 versprochen wurde), und wird immer mehr zu

dem, wofür sie von Anfang an vorangetrieben wurde, nämlich zu den USE, den „United States of Europe“ im Sog der USA, den „United States of America“. Einer der vehementesten Verfechter dieser Zielsetzung war und ist der derzeitige österreichische Bundespräsident. Wir jedoch werden der damit verbundenen Gefährdung bis Auslöschung der staatlichen Eigenständigkeit und Neutralität Österreichs weiter entgegenreten und auf die Wiedererlangung der vollen **Souveränität unseres Landes als Voraussetzung** auch für eine auf unsere regionalen Gegebenheiten abgestimmte **Umwelt- und Sozialpolitik** hinarbeiten.

Die jüngsten Ereignisse rund um die Unabhängigkeitserklärung von **Katalonien**, einem Land mit immerhin über 7 Millionen Einwohnern, und die Reaktionen der EU darauf bestärken uns in der Richtigkeit dieser Einschätzung. Die EU mißachtet den „Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ (UNO-Menschenrechtspakt I), den 164 Staaten anerkannt und unterzeichnet haben und dessen Teil 1, Artikel 1, wörtlich lautet:

(1) **Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung.** Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohls sowie allgemeinem Völkerrecht erwachsen.

In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Der hochangesehene, verstorbene ehemalige Justizminister und Staatsrechtler Hans KLECATSKY hat uns als Vermächtnis den Auftrag gegeben, gegen die Diktatur der EU aufzutreten. Er habe sich als Zeitzeuge nicht einmal in der Besatzungszeit von 1945 bis 1955 so unfrei gefühlt wie in der EU!

Für das überparteiliche und unabhängige EU-Austritts-Personenkomitee für Österreich:

Inge RAUSCHER, Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“

Helmut SCHRAMM, Angestellter

Renate ZITTMAYR, Bäuerin

Mag. Markus LECHNER, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Franz-Joseph PLANK, Tierarzt und Tierschützer

Hon.Univ.Prof.Dr. Heinrich WOHLMEYER, Ressourcenökonom

p.A. 3424 Zeiselmauer,
Hageng. 5, Tel. 02242/70516
oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net

www.eu-austritts-volksbegehren.at

www.jazumoexit.at

www.eu-austritt.blogspot.com

(Schramm's Blog)



Von links nach rechts: Prof. Wohlmeyer, Mag. Markus Lechner, Inge Rauscher, Renate Zittmayr, Helmut Schramm und Dr. Franz-Joseph Plank nach der Sitzung in St. Pölten, bei der diese Resolution mit großer Überzeugung gemeinsam beschlossen wurde.

DEMOKRATIE OHNE SELBSTBESTIMMUNG IST KEINE DEMOKRATIE

Den Autonomiestatus der Katalanen aufzuheben, ist ein unverzeihlicher Schritt und mit internationalem Recht nicht vereinbar. Ein Gastbeitrag des Völkerrechtlers Alfred de Zayas.

Die Ankündigung der spanischen Regierung, die Autonomie Kataloniens aufzuheben, ist bedauerlich. Ein derartiger institutioneller Angriff auf die katalanische Demokratie würde einen massiven Rückschritt bei der Verteidigung der Menschenrechte bedeuten und wäre unvereinbar mit den Artikeln 1, 19, 25 und 27 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte.

Es ist daran zu erinnern, daß laut Artikel 10, Absatz 2, und Artikel 96 der spanischen Verfassung internationale Verträge konstitutiv sind für das nationale Recht und daß Menschenrechte und Grundrechte des spanischen Rechts in Übereinstimmung mit internationalen Verträgen auszulegen sind.

Das Völkerrecht der Selbstbestimmung hat sich weit über die bloße Dekolonialisierung hinaus entwickelt. Einem Volk das Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern, ihm die Rechtmäßigkeit eines Referendums abzusprechen und die begrenzte Autonomie eines Volkes durch Strafen und Einschüchterung aufzuheben, stellt eine Verletzung des Artikels 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und zivile Rechte (ICCPR) und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte dar.

Wir erinnern uns, daß der damalige Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Milosevic, die Autonomie des Kosovo aufgehoben hat, was zur Gründung der Kosovo-Befreiungsarmee und zu einer Serie von Konflikten führte, die mit der Unabhängigkeit des Kosovo endete. Dieses Ergebnis oder eine großzügigere Autonomie bei fortgesetzter territorialer Integrität Jugoslawiens hätten durch Dialog und politische Verhandlungen erreicht werden können.

Anstatt nach Vermittlungslösungen zu suchen, lehnten 1999 einige Staaten den Dialog ab und entschieden sich für Gewalt ohne Rechtsgrundlagen oder Zustimmung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Heute hat die internationale Gemeinschaft Interesse daran und eine Verantwortung dafür, sicherzustellen, daß in Katalonien der soziale Frieden geschützt und Gewalt verhindert wird.

Kein Staat kann sich auf das Recht der territorialen Integrität berufen, um das Recht auf Selbstbestimmung zu unterlaufen. Der Vorwurf, Beschlüsse des gewählten Parlaments von Katalonien seien „verfassungswidrig“ und das Referendum sei „illegal“, geht daher an der eigentlichen Frage vorbei. Derartige Argumente sind leere, positivistische, eigennützige Tricks, um das ius cogens, den unabänderlichen Charakter der Selbstbestimmung, zu unterdrücken. Sie höhlen das Selbstbestimmungsrecht aus.

Territoriale Integrität

Spanien muß daran erinnert werden, daß die Selbstbestimmung ein Recht der Völker ist und kein Vorrecht von Staaten, das sie gewähren oder verweigern können. Territoriale Integrität im Verständnis der Vereinten Nationen ist ein Anspruch nach außen mit dem Ziel, auswärtige Drohungen oder Eingriffe in die territoriale Integrität souveräner Staaten abzuwehren. Im Fall eines Konflikts zwischen den Prinzipien der territorialen Integrität und dem Menschenrecht auf Selbstbestimmung überwiegt letzteres.

Bekanntlich streben viele Völker weltweit nach Selbstbestimmung, entweder intern in Form von Autonomie oder extern in Form von Unabhängigkeit. Und obwohl die Ver-



Alfred de Zayas ist US-amerikanischer Staatsbürger spanisch(!)-französischer Abstammung, Professor für internationales Recht an der Genfer Schule für Diplomatie und unabhängiger Sachverständiger für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung bei der UNO. In dieser Funktion arbeitet er ehrenamtlich und ist nicht von Regierungen oder Organisationen abhängig.

wirklichung von Selbstbestimmung nicht automatisch oder selbstständig erfolgt, handelt es sich um ein fundamentales Menschenrecht, bei dessen Implementierung als Mittel zur Konfliktvermeidung die internationale Gemeinschaft helfen muß.

Das Streben nach Selbstbestimmung verschwindet nicht durch dessen gewaltsame Unterdrückung. Vielmehr wird das Argument genährt, Abhilfe sei nur durch Sezession möglich.

(aus dem Englischen von Ansgar Graw, 25. Oktober 2017,

Original siehe:
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article170138808/Demokratie-ohne-Selbstbestimmung-ist-keine-Demokratie.html>)

„Nicht, weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.“

*Seneca, römischer Philosoph,
vor über zweitausend Jahren*

AUSSAAT UND ERNTE

von Renate Zittmayer

Wenn man ein Samenkorn in die Erde gibt, ist es jedes Mal ein Wunder - so unscheinbar, klein und auch unvorstellbar, daß dieser Samen jemals ein ganzer Baum werden oder eine Frucht tragen soll. Der Weg dorthin ist oft sehr mühsam und mit Verlusten, Rückschlägen und Wetterkapriolen geprägt, bis man schlußendlich vor der Ernte steht. So verhält es sich auch mit der Arbeit von Inge Rauscher, die beinahe schon 30 Jahre gegen die Willkür von Mächtigen ankämpft. Die Arbeit trägt eben nicht immer sofort Früchte, oft ist langer Atem gefordert und doch ergeben sich unerwartete Möglichkeiten, wo man kaum noch Hoffnung hätte.

Wie stark wir mit unserer Heimat und Umwelt verbunden sind, darf ich tagtäglich im bäuerlichen Sinn beobachten. Aus politischer Sicht werden oftmals **Heimat („rechts“)** und **Umwelt („links“)** gegeneinander gesetzt, sie sind jedoch **eine Einheit, untrennbar**. Unser Boden (Heimat) ist ein unermessliches Gut, wenn man bedenkt, daß in einer Hand gefüllt mit gesunder Erde 6 Milliarden Mikroorganismen leben. Dieses Leben im Boden wurde noch kaum erforscht. Ein gesunder Boden erzeugt gesunde Pflanzen, dies wiederum ist die Grundlage für gesunde Menschen. Gerade Österreich hat im Bereich Umwelt eine große Pionierarbeit geleistet und ist/war für viele Länder ein Vorbild. Jedoch ist es in der EU wesentlich schwieriger geworden, eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes zu fördern, es geht fast nur mehr um Schadensbegrenzung.

Alleine daß Österreich noch nicht gentechnisch verseucht ist, haben wir dem **Widerstand einzelner Leute** zu verdanken. Mittlerweile hat sich Rußland gegen gentechnisch veränderte Organismen entschieden, China schickte GVO-kontaminierte Schiffsladungen in die USA zurück. Bei der EU-Saatgutverordnung werden unter dem Deckmantel Konsumentenschutz mit den hohen Auflagen, der verpflichtenden Registrierung, die Interessen der Agro-Industrie gefördert. Durch teure und aufwendige Lizenzierung von Sorten werden die klei-

nen Züchter und Bauern, die alte wertvolle Sorten anbauen, zum Aufgeben gezwungen. Nur durch **massive Proteste der Bevölkerung** wurde die Saatgutverordnung überarbeitet, die jedoch noch immer zu wünschen übrig läßt.

Konzerne, die mit Hilfe der EU permanent größer werden und vermehrt Einfluß auf die Politik haben, spielen ihre Macht immer öfters aus. Ihr Ziel, Kapital zu vermehren und Machtpositionen auszubauen, vernichtet scheinweise Klein- und Mittelbetriebe. Die wären nicht nur der Motor für die Wirtschaft, sondern auch eine Sicherheit für nachhaltiges Wachstum und regionale Selbstversorgung. **Weltweit tragen Klein(st)bauern am meisten für die Ernährungssicherheit bei.**

Wir begeben uns in zu vielen Bereichen immer mehr in die Abhängigkeit der Konzerne und Banken, was eine große Gefahr in sich birgt! Wichtig wäre es, unabhängig, frei, selbstständig agieren bzw. arbeiten zu können, um Mensch, Tier und Umwelt in den Vordergrund zu stellen. **Die Freiheit muß hart erarbeitet**, wenn nicht gar erkämpft werden, dies ist in der Geschichte nichts Neues. Daß niemand isoliert oder alleine dasteht, zeigt das Beispiel Polen, wo erst kürzlich mit der „Aktion Rosenkranz“ an der Grenze von 4000 Gruppen eine 3500km lange Menschenkette gebildet wurde. Diese Aktion ist eine direkte Reaktion auf die Auseinandersetzung mit der EU, bei der es darum geht, daß Polen sich weigert, muslimische Migranten aufzunehmen.

Unsere sogenannten Mainstream-Medien sind sehr geschickt darin zu manipulieren oder zu desinformieren, nimmt man nur das Beispiel von Hrn. Menasse, der im ORF behauptete, daß die FPÖ gegen ein Glyphosat-Verbot sei. Richtig ist aber, daß die FPÖ gegen eine Verlängerung der Zulassung des Glyphosat gestimmt hat. Also genau das Gegenteil von dem, was im ORF verbreitet wurde, ist die Wahrheit!

Das Schlechteste ist, wenn man in Resignation und Gleichgültigkeit versinkt. Auch einfache Aktivitäten,

die jeder einzelne in seinem persönlichen Rahmen setzen kann, sind wichtig. Öfters als man denkt werden damit positive Veränderungen bewirkt. Das gilt auch für die **politische Basisarbeit**: Infoblätter von Haus zu Haus tragen, Plakatieren, bei Info-Stand-Kundgebungen mitarbeiten, an Veranstaltungen und Protestaktionen/Demonstrationen teilnehmen, usw. Die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes Österreich können wir nur selber tragen. Gestalten wir sie so, daß unsere Kinder und Enkelkinder stolz auf uns sein werden!

Renate Zittmayer

Tel. 0664/4251935, zitti1@gmx.at

Renate ZITTMAYR gehört zu den tragenden Stützen der IHU; ihr unermüdlicher Einsatz mithilfe ihrer Familie trug wesentlich zum Zustandekommen und Ergebnis des EU-Austritts-Volksbegehrens vom Juni 2015 bei sowie zu vielen anderen Aktivitäten davor und danach. Z.B. zur großen Unterstützungsaktion der IHU für die Beibehaltung der Wehrpflicht anlässlich der Volksbefragung vom Jänner 2013 und zu unserer Unterstützung der FPÖ bei den jüngsten Bundeswahlen, der Bundespräsidentenwahl und der Nationalratswahl. Renate ist Mutter von vier Kindern und lebt in einem wunderschönen oberösterreichischen Vierkanthof, den sie und ihr Mann in mühevoller, langjähriger und liebevoller Arbeit vor dem Verfall gerettet haben.

Jede Basis-Initiative wie die IHU, die - im Gegensatz zu den meisten sogenannten NGO's - ganz bewußt ohne Subventionen aus Steuergeldern, Parlamentsparteien oder Finanzmagnaten im Hintergrund (von Haselsteiner bis Pierer und Soros) ausschließlich ehrenamtlich arbeitet, kann nur mit Idealisten weiterbestehen. Renate Zittmayer wird in diesem Sinne in den nächsten Jahren noch mehr als bisher die „Initiative Heimat & Umwelt“ nach innen und außen hin verkörpern. Selbstverständlich hat sie dabei unsere volle Unterstützung!

Inge Rauscher und Mitarbeiter

Bitte weiterverbreiten!

INITIATIVE
Heimat & Umwelt



Einladung zum öffentlichen
Vortrags- und Diskussionsabend

Eintritt: freie Spende

zum Thema:

**VERWEIGERTE SELBSTBESTIMMUNG:
Versagen der Europäischen Union
Gefahr für den Weltfrieden**

am **Mittwoch, 29. November**, um **19 Uhr**

in **WIEN** im 1. Bezirk

im „**Esterhazykeller**“

Haarhof 1 (nähe Freyung, U3-Station Herrengasse)

Es spricht:

Dr. Eva Maria BARKI

*Rechtsanwältin mit Spezialgebiet
Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte*

Veranstalter:

**Unabhängige und freie Arbeitsgemeinschaft
„INITIATIVE HEIMAT & UMWELT“**

Moderation:

Inge RAUSCHER und Renate ZITTMAYR

***Speis und Trank im Restaurant bis Veranstaltungsbeginn
und noch eine Stunde nach Veranstaltungsende möglich.***

WEGWARTE 27. Jahrgang, Folge 6, November 2017
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
**Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer,
Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net**
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 8.11.2017
**Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053,
BIC: OPSKATWW**

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer